

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Ercheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet monatlich im Hause 1,25 Poln. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und geleseinste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise Die 3-gepaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberstl. 12 Gr., für Polen 15 Gr., die 3-gepaltene mm-Zl. im Restamt für Polnisch-Oberstl. 16 Gr., für Polen 20 Gr. Bei gerichtl. Beibringung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Slaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 180 **Dienstag, den 22 November 1932** 50. Jahrgang

Koalitionsverhandlungen in Deutschland

Hitler erneut beim Reichspräsidenten — Fühlungnahme zwischen Nationalsozialisten und Zentrum — Hugenberg wartet ab

Berlin. Nachdem am Sonnabend abend noch völlige Unklarheit darüber herrschte, wer nun eigentlich die Aussprache zwischen den Parteien herbeiführen solle, hat am Sonntag nachmittag Reichspräsident Göring die ersten Schritte von sich aus getan. In seiner Eigenschaft als Reichspräsident hat er sowohl Führer des Zentrums wie auch der Nationalsozialistischen Volkspartei zu einer Aussprache gebeten. Die beiden Parteien haben der Aufforderung Folge geleistet. Die Aussprache dauerte mehrere Stunden. Ueber das Ergebnis wird Stillschweigen bewahrt, doch verläutet, daß in den sachlichen Fragen noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Auch der Führer der DNVP, Dr. Hugenberg, wurde durch das Büro des Reichspräsidenten Göring zu einer Aussprache aufgefordert. Hugenberg hat es aber abgelehnt, der Aufforderung nachzukommen. Der „Montag“ berichtet darüber folgendes: „Eine Einladung Hitlers an die Deutschnationale Volkspartei ist bisher nicht ergangen. Die Verhandlungen mit den Deutschnationalen sind aber von der DNVP aus inzwischen in der etwas merkwürdigen Art eingeleitet worden, daß der Reichspräsident Göring am Sonntag nachmittag durch seinen Adjutanten den Führer der DNVP Dr. Hugenberg zu sich in das Palais des Reichspräsidenten bestellte. Dr. Hugenberg ließ mitteilen, daß er Adolf Hitler mit-

seits so auch jetzt zu einer politischen Besprechung zur Verfügung stehe. Er müsse es aber nach den Vorgängen der letzten Wochen ablehnen, einer in so ungewöhnlicher Form erfolgten Aufforderung Görings nachzukommen. Besprechungen zwischen Vertretern der DNVP und NSDAP haben unter diesen Umständen am Sonntag nicht stattgefunden.“

An den Führer der DNVP, Dingenberg, ist man bisher von keiner Seite irgendwie herangetreten. In volksparteilichen Kreisen vertritt man aber den Standpunkt, daß der Parteiführer keinen Anlaß habe sich auf Verhandlungen mit Göring einzulassen. Besprechungen mit dem Reichspräsidenten hätten nur dann einen Sinn, wenn alle in Frage kommenden Parteiführer, also auch Hitler selbst, daran teilnähmen.

Im übrigen hat der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, am Spätnachmittag Adolf Hitler in seinem Hotel aufgeleitet und hatte mit ihm eine längere Unterredung. Meißner überbrachte Hitler die Aufforderung des Reichspräsidenten, am Montag die Aussprache mit Hindenburg fortzusetzen. Von der neuerlichen Unterredung Hindenburg-Hitler morgen erwartet man in politischen Kreisen eine entscheidende Klärung der Lage.

Entscheidung im Danziger-polnischen Konflikt

Danzig. Die Entscheidung des Danziger Völkerbunds-Kommissars Kisting über die schwebenden Zoll- und Wirtschaftsforderungen wurde noch am Sonntag spät Abend der Öffentlichkeit bekannt gegeben.

Der hohe Kommissar hat in seiner Entscheidung den für Danzig wichtigsten Punkten der Danziger Auffassung Rechnung getragen. Von größter Bedeutung für die Danziger Wirtschaft ist insbesondere seine Entscheidung, daß die Danziger Wirtschaft das Recht auf den Weiterbezug ihrer eigenen Bedarfkontingente behält, solange nicht eine andere Bedarfsdeckung möglich und garantiert ist und daß Polen die Danziger-polenische Grenze weder gegen die in Danzig nationalisierten Waren, die durch Verarbeitung oder Bearbeitung von Kontingentwaren geschaffen sind, noch gegen die in Danzig rechtmäßig veredelten Waren sperren darf.

Der polnische Antrag auf alsbaldige Beseitigung der Danziger Offenbedarfkontingente ist von Kisting also als nicht begründet abgewiesen worden. Polen soll jedoch das Recht haben, an der von Zeit zu Zeit vorzunehmenden Festsetzung der Danziger Kontingente mitzumischen. Falls die beiden Parteien innerhalb von einer Frist von einem Monat zu keiner Einigung gelangen, wird ein Ausschuss zur Festsetzung der Danziger Kontingente, bestehend aus einer gleichen beschränkten Zahl von Danzigern und Polen unter Vorsitz eines vom Danziger Völkerbunds-Kommissar bestellten neutralen Sachverständigen eingesetzt werden.

Der Danziger Anspruch auf Preisfestsetzung der in Danzig be- oder weiter zu verarbeitenden (nationalisierten) Kontingentwaren ist in vollem Umfange anerkannt worden.

Bei den Zollbescheidern hat der hohe Kommissar über das Hauptstück der polnischen Forderungen, nämlich den vermeintlichen Anspruch Polens auf rund 54 Millionen Zlotn Schadenertrag gegen Danzig nicht entschieden. Auch eine Reihe weiterer Anträge Polens wurde als nicht bewiesen abgelehnt. Vorbehaltlich entgegengelegter Bestimmungen gehört die Frage der Zollabfertigungen zur Zuständigkeit der polnischen Regierung. Danzig soll dagegen berechtigt sein, auf seinem Gebiete den Zolldienst in Übereinkimmung mit den polnischen Zollvorschriften zu organisieren.

Die Danziger Zollverwaltung wird laut der Entscheidung Kisting verpflichtet, den polnischen Zollinspektoren alle Erleichterungen bei der Ausübung ihrer Kontrolle zu gewähren.

Der Standpunkt der Danziger Zollverwaltung ist in folgenden Fällen nicht anerkannt worden:

- Es müssen die polnischen Vorschriften über Ursprungszeugnisse für einfuhrverbotene Waren von der Danziger Zollverwaltung beachtet und die polnischen Einfuhrgenehmigungen anerkannt werden.
- Die Danziger Zollverwaltung ist nicht für berechtigt erachtet worden die Danziger und die polnischen Lagervorschriften vermehrt anzuwenden. Die Dienststellen betreffend Einrichtung von Zollkreditbüchern war daher nicht berechtigt.
- Die Genehmigung zur Ausübung des polnischen Veredelungsverkehrs durfte nach dem 15. Februar 1932 von der Danziger Zollverwaltung nicht mehr ausgesprochen werden.

Als nicht berechtigt erklärt wurden die polnischen Forderungen, daß die Danziger Zollverwaltung den polnischen Zollvorschriften unterworfen sein soll welche aus gesundheitspolizeilichen Gründen aus Gründen der Sicherheitspolizei und aus Gründen der nationalen Sicherheit erlassen sind. Daher ist Danzig zur Herstellung von Schriften berechtigt, welche nach Ansicht der polnischen Regierung den nationalen Gefühlen der Bewohner der Republik Polen widersprechen.

Die Danziger Zollverwaltung war berechtigt, die zollfreie Einfuhr von Waren im kleinem Grenzverkehr zu gestatten, des polnische Finanzministerium ist dagegen nicht berechtigt, diesen Verkehr zu unterlagern.

Abreise des Danziger Völkerbunds-Kommissars nach Genf

Die Entscheidung in den Zoll- und Wirtschaftsfragen überreicht.

Danzig. Der Danziger Völkerbunds-Kommissar Kisting hat sich am Sonntag vormittag von Danzig zur Völkerbunds-tagung nach Genf begeben.

Vor seiner Abreise ließ er keine Entscheidung in den Zoll- und wirtschaftspolitischen Streitfragen zwischen Danzig und Polen dem Danziger Senat und der polnischen diplomatischen Vertretung in Danzig überreichen. Im Danziger Senat wird die Entscheidung einer Überprüfung unterzogen und voraussichtlich bald bekanntgegeben werden.

Auffstand gegen König Ibn Saud

Kairo. In Kairo eingelaufenen Meldungen zufolge ist gegen den König Ibn Saud von Kisch-Gebirgs in Äthiopien ein Aufstand ausgebrochen. Während die Regierung von Gedchah die Bewegung als unbedeutend bezeichnet, wird sie von anderer Seite als sehr ernst erklärt. Man nimmt an, daß der Emam von Yemen den Aufstand unterstützt.

Mißglücktes Attentat auf Herriot

E Sprengung des Schienenstranges — Schwere Anschuldigung eines deutschen Journalisten

Paris. Auf dem Zug, mit dem der französische Ministerpräsident am Sonnabend abend Paris verlassen hatte, um sich nach Nantes zu begeben, wurde am Sonntag früh ein Dynamitanschlag verübt. Unbekannte Täter hatten etwa 50 Kilometer vor Nantes unter die Schienen eine starke Dynamitpatrone gelegt, die in dem Augenblick explodierten, in dem der Zug die Strecke passierte. Die Explosion ereignete sich jedoch aus bisher noch nicht festgestellten Gründen bereits eine Stunde vor dem Eintreffen des Zuges, so daß ein unübersehbares Unglück vermieden werden konnte.

Am Sonntag morgen kurz vor 6,30 Uhr wurden die Bewohner der in der Nähe des Schienenstranges liegenden Häuser durch eine furchtbare Explosion wach gemacht und stellten fest, daß die Schienen auf mehrere Meter aufgerissen waren. Nachdem die nächste Bahn schwach unterrichtet worden war, konnte auch der Lokomotivführer des Zuges, in dem der Ministerpräsident Platz genommen hatte, rechtzeitig benachrichtigt werden. Herriot traf in Nantes mit einer Stunde Verspätung ein. Die Polizei hat sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet. Von dem Täter heißt bisher noch keine Spur.

Paris. Im Zusammenhang mit dem Dynamitanschlag auf den Zug des französischen Ministerpräsidenten gab Herriot bei seiner Ankunft in Nantes dem Vertreter der Agentur Radio einige Erklärungen ab, in denen der Ministerpräsident die Auffassung vertritt, daß gewisse deutsche Kreise und insbesondere nationalsozialistische Elemente ihre Hände bei den Anschlägen in der Bretagne im Spiel hätten. Herriot erinnerte an den Bombenanschlag in Rennes und betonte, daß in diesem Zusammenhang der Name eines in Paris lebenden deutschen Journalisten genannt worden sei, von dem die bretonischen Autonomisten angeblich das Geld für ihre Propagandafonds erhielten. Dieser Journalist, den der Ministerpräsident namentlich nannte (gemeint ist Körber!), gegen den man aber Beweise nicht in Händen hätte, sei aus Frankreich ausgewiesen worden.

Diese Erklärungen des Ministerpräsidenten haben der nationalsozialistischen „Liberte“ genügt, um in großer Schlagzeile anzukündigen „Ein deutsches Attentat gegen Herriot“. Nachdem die Nationalsozialisten bereits bei dem Bombenanschlag in Rennes ihre Hand im Spiel gehabt hätten, so schreibt das Blatt jetzt sich auch jetzt wieder eine deutsche Hand in dem Anschlag auf den französischen Ministerpräsidenten. Dabei müsse besonders berücksichtigt werden, daß der Chef dieses Mannes, Hitler vom Reichspräsidenten für den Posten des Reichskanzlers vorgeschlagen werde.

In Kreisen der Polizei bringt man dem Anschlag mit demjenigen in Verbindung, der vor einigen Monaten auf das französisch-bretonische Verbrüderungsfest in Rennes verübt wurde. Obgleich die Untersuchung über diesen ersten Bombenanschlag noch nicht abgeschlossen ist, ist man der festen Überzeugung, daß die Täter in Kreisen bretonischer Autonomisten zu suchen sind.

Einsturzungsunfall in einer Warschauer Kirche

12 Verletzte.

Warschau. Am Sonntag vormittag ereignete sich in Warschau neuerdings ein Einsturzungsunfall. Bei der 12 Personen teils leichte, teils schwere Verletzungen davontrugen. Kurz vor dem Hauptgottsdienst in der Kirche des hl. Kreuzes im Stadtzentrum, in der eine hohe Gäuberversammlung es vor dem Presbiterium in der Nähe des Hauptaltars zu einem Gedränge. Unter der Last der versammelten Menschen gab plötzlich der Fußboden, der aus großen Steinplatten bestand, nach und stürzte etwa 3 Meter tief in den Kellerraum hinab.

Sechs Erdstöße im Ruhrgebiet

Essen. In der Nacht zum Montag gegen 0,40 Uhr, verspürte man zwei leichte Erdstöße von ungefähr drei Sekunden Dauer. Das Beben war von einem dumpfen Rollen begleitet. Auch in Gelsenkirchen, Bochum, Realinghausen, Düsseldorf und verschiedenen anderen Orten wurde das Beben verspürt. Ob irgendwelche Sachschäden entstanden sind ist bisher nicht bekannt geworden.

Volcanum in Columbo

Berlin. Ueber Columbo ging nach einer Meldung Berliner Blätter aus Bogota ein Wolkenbruch nieder, wie er seit 100 Jahren dort nicht erlebt worden ist. Hunderte von Häusern wurden vom Sturm zerstört. Die Stadt Bogota steht vollkommen unter Wasser. Sechs Personen wurden getötet, etwa 50 verletzt.



Reichsrundfunkkommissar Scholz tritt zurück

Dr. Scholz, der Reichsrundfunkkommissar, tritt von seinem Posten zurück.

